

„Eine fledermauskundliche Erfassung“

Streit über Windkraftanlagen: Seligenstädter Parlament erneut gegen Ausweisung von Vorrangflächen / „Glatte Lüge“

Seligenstadt (mho) ■ Mit großer Mehrheit hat sich die Seligenstädter Stadtverordnetenversammlung erneut gegen die im Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen für Windkraftanlagen im Wald zwischen Froshhausen und Rodgau (wir berichteten mehrfach) ausgesprochen und deren Streichung gefordert. Lediglich die Liberalen verweigerten der entsprechenden CDU-Initiative ihre Zustimmung. Ihr Fraktionschef René Rock sprach von einem ebenso überflüssigen wie abenteurerlichen Antrag, schließlich greife dieser einen Entwurf an, der auf der Planungsebene einst mit CDU-Mehrheit beschlossen worden sei und um dessen spätere Streichung sich Seligenstadts Vertreter Joachim Bergmann im Planungsverband eben

nicht so bemüht habe wie andere CDU-Delegierte. Darüber hinaus, so Rock weiter, gehe es nicht um Windparkanlagen, sondern um Vorrangflächen. „Alle wissen, dass die Stadt Eigentümerin dieser Flächen ist, und wenn sie dort keine Anlagen will, gibt's auch keine. Wenn aber die Vorrangigkeit nicht ausreicht, dann kann fast jeder ohne große Auflagen Windräder aufstellen, schließlich sind sie nach dem Baugesetzbuch privilegiert zulässig.“ Vor diesem Hintergrund seien die Aufgeregtheiten nichts anderes als Stimmungsmache.

Hatte die Diskussion über die Schuld am weiteren Verbleib der Seligenstädter Flächen im Planwerk - von 27 Standorten blieben 14 übrig - und die Dimensionen eines möglichen Windparks noch für heftige Wortgefechte ge-

sorgt, so war sich das Plenum an einer Stelle einig: Auf Vorschlag der CDU soll die Stadt 10 000 Euro zur Verfügung stellen, damit ein anerkanntes Institut „eine fledermauskundliche Erfassung“ für das 213-Hektar-Areal erstellt. Hintergrund: Nach FFH-Richtlinien schützenswerte Tiere könnten ein Ausschlusskriterium darstellen.

Zuvor hatte CDU-Fraktionschef Bergmann auf das einstige Veto des Parlaments sowie die Seligenstädter Bedenken verwiesen, die bei Planungsverband und Verbandsdirektor Stephan Wildhirt nicht das gewünschte Gehör gefunden hätten. Nicht anders sei es der Seligenstädter Delegation Bürgermeisterin Dagmar B. Nonn-Adams/Erste Stadträtin Claudia Bicherl/Bergmann im Gespräch mit den Chefplanern ergangen. Selbst

Stellungnahmen von Fachbehörden und Naturschutzverbänden seien nicht zur Kenntnis genommen worden. Diese Erfahrungen und die „abstruse und menschenverachtende Argumentation, auf den Windpark komme es angesichts der ohnehin schon bei uns bestehenden Belastung auch nicht mehr an“ habe bei der CDU große Verärgerung ausgelöst. „Wir sind jetzt mehr denn je gegen die Ausweisung von Windparks in Seligenstadt, ganz egal, ob's 40 Windräder sind oder zehn.“ In diesem Zusammenhang erinnerte Bergmann auch an ein Expose, das Seligenstädter Bürger „fachlich kompetent und sorgfältig“ zusammengestellt hatten mit dem Ergebnis, dass ein Windpark weder vertretbar, noch wirtschaftlich effektiv sei.

Der SPD-Politiker Dieter

Burkard betonte, bei diesem Streit stünden planungsrechtliche Fragen im Mittelpunkt. Dabei seien „Vorentscheidungen nach zweifelhaften Gesichtspunkten“ getroffen worden. Inzwischen sei der Eindruck entstanden, „dass der Planungsverband mit dem Kopf durch die Wand will.“ Die SPD, so Burkard weiter, stimme der CDU-Initiative auf Streichung der Vorrangfläche zu, mache aber darauf aufmerksam, dass in Wiesbaden oder Berlin neue Kriterien in der Frage der Windkraftnutzung gefunden werden müssen. „Vorranggebiete sind nicht das richtige Instrumentarium“. FWS-Fraktionschef Jürgen Kraft betonte, die Entscheidung des Planungsverbands für den Standort Seligenstadt sei nicht hinzunehmen, da es „andere Standorte gibt, an denen die Windräder

auch wirtschaftlich eingesetzt werden können“. Dies treffe auf Seligenstadt nicht zu.

Grünen-Politiker Rainer Schmidt sagte, offensichtlich seien die Seligenstädter Argumente im Planungsverband „ungenügend oder arrogant“ vorgetragen worden. Die teilweise propagierte Größe der Anlage seien „weit hergeholt“. Technisch möglich seien 15 Windräder. Dabei könnten bestehende Wege zur Wartung genutzt werden. Außerdem schlucke die nahe A 3 den Lärm. Auch der SPD-Politiker Michael Hollerbach (SPD), der einen engagierten Vortrag über den Nutzen alternativer Energiegewinnung hielt, sprach die Dimension an: „Schon die Formulierung ‚Windmühle statt Wald‘ ist eine glatte Lüge. Denn benötigt werden lediglich 1,3 Prozent der Waldfläche.“